

Medienfreiheit in West Papua

Grenzen freier Berichterstattung in einer Konfliktregion

von
Norman Voß

Mit Platz 139 beim *Press Freedom Index* von *Reporter ohne Grenzen* rangiert Indonesien in Sachen Pressefreiheit im weit unteren Bereich des internationalen Spektrums. Innerhalb Indonesiens ist Papua die Region, aus der am häufigsten über Einschüchterungen und Angriffe gegen Journalisten berichtet wird. Weder ausländische Journalisten noch UN-Beobachter dürfen frei in die Konfliktregion einreisen. Der Ruf indigener Papua nach Unabhängigkeit von Indonesien, massive Militärpräsenz in der Öffentlichkeit und fast unkontrollierter Ressourcenabbau machen Papua zu einem Konfliktherd verschiedener Interessen, in dem es regelmäßig zu ernststen Menschenrechtsverletzungen kommt.

Nachdem 2007 der UN-Sonderberichterstatter für Folter und die UN-Sondergesandte für Menschenrechtsverteidiger nach Papua reisten und von dort ein erschreckendes Bild von Menschenrechtsverletzungen mitbrachten, hat Indonesien keine UN-Beobachter mehr in die östliche Region des Landes gelassen. Nach und nach wurden Hilfsorganisationen, humanitäre Organisationen und andere Menschenrechtsakteure aus Papua ausgewiesen. Indonesien hält die Türen zu. Während Touristen der Zugang möglich ist, dürfen offizielle Besuche im westlichen Teil der Insel Neuguinea nicht stattfinden.

Zugang für ausländische Journalisten

Seit die UN 1963 die Verwaltung Papuas an Indonesien übergab, sind Zugangsbeschränkungen in Kraft. Ausländische Journalisten müssen beim Außenministerium eine Genehmigung beantragen. Nach Informationen aus Journalistenkreisen trafe sich jeden Donnerstag im Ministerium die *Clearingstelle*, um etwaige Anträge für Reisen nach Papua von ausländischen Journalisten, Diplomaten, UN-Beamten, Geldgebern aus der Entwicklungszusammenarbeit oder anderen Beobachtern zu bearbeiten. Der Direktor für Informationen und Medien des Ministeriums hätte in den letzten zwei Jahren höchstens drei solcher Anträge genehmigt. Der genaue rechtliche Rahmen für Genehmigungen und Zugangsbeschränkungen sei unklar.

Im Falle einer Bewilligung werden den Journalisten Aufpasser zur Seite gestellt. Es sind Mitarbeiter des indonesischen Geheimdienstes (*Badan Intelijen Nasional*, BIN). Sie sind während der gesamten Reise in Papua stets an der Seite des Journalisten und bei allen Interviews und Gesprächen dabei. Die Geheimdienstmitarbeiter lassen sich die Flugtickets nach und in Papua, Verpflegung und Hotelkosten von den Journalisten bezahlen. Eine solche Untersuchungsreise in die Region bleibt somit nur ein teures und fruchtloses Unternehmen.

Der Autor ist Koordinator des West Papua Netzwerkes und der internationalen Koalition Human Rights and Peace for Papua. Er arbeitete viele Jahre bei der Asian Human Rights Commission in Hong Kong im Bereich Menschenrechte, institutionelle Reformen und zivilgesellschaftliche Bewegungen in Asien.

Massive Präsenz indonesischer Sicherheitskräfte beim Dritten Papua-Kongress im Oktober 2011. Die traurige Bilanz: mindestens zwei Tote, 30 Verletzte sowie 300 Festnahmen.
Foto: WestPapuaMedia.Info



Protest kommt von vielen Seiten

Der Presserat in Jakarta will sich gegen solche Zugangsbeschränkungen einsetzen. Diese verstoßen gegen das Pressegesetz von 1999, welches Medienfreiheit garantiert. Auch die *Allianz Unabhängiger Journalisten (Aliansi Jurnalis Independen, AJI)* lehnt diese Abschottungspolitik ab. Zwar würden einige Ministerien eine Öffnung Papuas für ausländische Journalisten nicht blockieren, doch habe der Geheimdienst laut dem koordinierenden Minister für Sicherheit und Politik, Djoko Suyanto, eine Warnung vor den Folgen einer solchen Öffnung an die Regierung ausgesprochen.

Da Geheimdienst und Militär in der sehr verdeckten Gesellschafts- und Lebenswirklichkeit Papuas unbeobachtet agieren und auch Geschäfte machen können, wäre eine Öffnung gegen ihre Interessen. Seit dem Ende der Suharto-Diktatur hat Indonesien viele Reformen durchlaufen. Jedoch haben diese nur wenig dazu beigetragen, Militär und Geheimdienst verantwortlich zu machen. Daher bleibt ihr Einfluss in der Politik immer noch sehr groß.

Im Mai 2011 unterzog sich Indonesien dem *Universal Periodic Review (UPR)*, einem Instrument des UN-Menschenrechtsrats, mit dem die Länder im Vierjahresrhythmus auf die Umsetzung aller Menschenrechte hin untersucht werden. Das Ratsmitglied Frankreich forderte Indonesien auf, Zugang für ausländische Journalisten zu gewähren. Indonesiens Außenminister Natalegawa lehnte diese Empfehlung jedoch mit Verweis auf die kritische Sicherheitslage in Papua ab. Ausländischen Journalisten könnten diese Gefährdungen nicht zugemutet werden.

Im Mai 2013 sprach die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, die ernste Menschenrechtslage in Papua an und forderte Indonesien auf, UN-Beobachtern und ausländischen Journalisten freien Zugang nach Papua zu gewähren.

Pressefreiheit vor Ort?

Journalisten vor Ort in Papua sind Einschüchterungen, Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt. Allein im Jahr 2012 dokumentierte Victor Mambor von der Papua-Sektion der AJI in Indonesien zwölf Fälle. 2010 wurde Ardiansyah Matra'is, Reporter von *Merauke TV* und anderen Medienhäusern in Papua, ermordet. Er hatte unter anderem über Korruption beim Agrargroßprojekt *Merauke Integrated Food and Energy Estate (MIFEE)* und bei lokalen Wahlen berichtet.

In einem 2010 an die Öffentlichkeit gelangten geheimen Dokument der Sondereinsatzkräfte des Militärs (*Komando Pasukan Khusus, KOPASSUS*) wurden zwölf Journalisten aufgeführt, die als V-Männer in der Medienszene in Papua arbeiteten. Das Vertrauen in die Presse vor Ort ist damit deutlich

gesunken. Es kam bald darauf vor, dass Journalisten, die als V-Männer verdächtigt wurden, von politischen Aktivisten angegriffen wurden. Diesen zerrütenden Einfluss üben Sicherheitskräfte und Geheimdienst auf zivilgesellschaftliche Organisationen und die Medienlandschaft in Papua als Ganzes aus.

Am 26.11.2013 versuchten drei ortsansässige Journalisten in Jayapura während einer Demonstration des *West-Papua-Nationalkomitees (Komite Nasional Papua Barat, KNPB)* die Ereignisse und das gewalttätige Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten zu dokumentieren. Das KNPB setzt sich für ein Referendum über die Unabhängigkeit Papuas von Indonesien ein. Die Journalisten wurden nach Angaben von *Amnesty International* von der Polizei bedroht und aufgefordert, ihre Arbeit einzustellen und den Ort zu verlassen. Die Polizisten versuchten auch, ihnen die Kameras zu entreißen, und forderten sie auf, alle Aufnahmen zu löschen. Einer der Journalisten wurde geschlagen.

In den letzten Jahren gab es viele solcher Fälle. Im Mai 2012 berichteten drei örtliche Journalisten in Manokwari, dass sie mehrfach dem Druck eines Polizeibeamten ausgesetzt waren, der forderte, Berichterstattung über politische und rechtliche Angelegenheiten sowie über Menschenrechtsverletzungen einzuschränken. Mehr Informationen sind im Menschenrechtsbericht unter www.humanrightspapua.org zu finden.

Am 7.6.2012 wurde Josrul Sattuan, ein Journalist von *TV One*, von einem Unbekannten geschlagen, als er versuchte, über die Welle von Gewalt und Erschießungen, die Jayapura im Frühjahr 2012 erfuhr, zu berichten. Man geht davon aus, dass der unbekannte Angreifer für den Sicherheitsapparat tätig war.

Am 22.10.2012 versuchte Oktavianus Pogau, Journalist bei der Zeitung *Suara Papua*, über eine Demonstration des KNPB in Manokwari zu berichten. Dabei wurde er von Mitarbeitern der Polizei- und Sicherheitskräfte zusammengeschlagen. Pogau wurde angegriffen, nachdem er sich als Journalist ausgewiesen hatte.

Jakarta verneint das Problem

Im Juli 2013 stellte sich Indonesien nach achtjähriger Verzögerung endlich dem UN-Ausschuss für bürgerliche und politische Rechte. Da Indonesien diesen UN-Zivilpakt erst 2006 ratifiziert hatte, hätte es alle vier bis fünf Jahre dem Ausschuss in Genf einen Bericht zur Umsetzung der im Pakt enthaltenen Rechte vorlegen müssen. Mit großer Verspätung ließ Indonesien das für das Land unangenehme Rechenschaftsverfahren nun über sich ergehen. Die indonesische Regierung behauptete, dass Pressefreiheit in Papua geachtet sei, dass viele Zeitungen und Medien

auch über sensitive Themen frei berichten könnten und dies auch täten (UN-Dokument Nr. CCPR/C/IDN/Q/1/Add.1). Nichtregierungsorganisationen legten dem Ausschuss jedoch viele Dokumentationen über Fälle vor, die dieses Bild klar widerlegten.

Zeitungen und andere Medien, die in Jakarta ansässig sind, genießen hingegen nur sehr wenige Einschränkungen bei der Berichterstattung. Viele von ihnen sind für ihre kritische Arbeit bekannt. Aus mehreren Gründen können jedoch diese Akteure die Einschränkungen der Pressefreiheit in Papua nicht ausgleichen. Zwar können indonesische Journalisten frei nach Papua einreisen, tun dies jedoch nur in Ausnahmen. Die Reporter, die für Agenturen in Jakarta vor Ort in Papua arbeiten, bewegen sich im sensitiven Klima dort eher vorsichtig. Politische Forderungen der Papua finden daher auch in Jakarta-Medien nur wenig Raum.

Was bleibt, ist eine Konfliktregion, die unter der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und starker Militärpräsenz leidet. Die Zivilgesellschaft wird durch Geheimdienstaktivitäten geschwächt. Geld ist durch Raubbau und Zuwendungen der Regierung aufgrund des Sonderautonomiegesetzes in Fülle vorhanden. Doch der Fluss des Geldes kann nicht durch gefestigte und verlässliche rechtstaatliche Institutionen kontrolliert werden. Es bleibt eine von Korruption und Gewalt bestimmte Lebenswirklichkeit, in der die Rechte der indigenen Papua systematisch verletzt werden. Doch über diese Probleme kann öffentlich nicht hinreichend reflektiert werden. So kann Demokratie nicht funktionieren und daher funktionieren auch die Regionalparlamente in Papua nicht. Jakarta schiebt gern die Schuld und Verantwortung für die Probleme den lokalen Institutionen zu. Die Papua können jedoch nicht erkennen, dass sie wirklich die Möglichkeit haben, in demokratischem Sinne mitzuwirken.

Solange Sicherheitskräfte vom Status quo profitieren und weitgehend immun bleiben, ist mit einer Verbesserung der Situation für lokale Journalisten nicht zu rechnen. Unterstützung für die Mutigen in Papua muss von außen kommen. Wenn Touristen nach Papua einreisen können, dann erlaubt die Sicherheitslage auch ausländischen Journalisten einzureisen. Dafür und für den Schutz lokaler Journalisten braucht es mehr Einsatz von allen Seiten.



Der Bundessicherheitsrat in Deutschland hat erst unlängst die Genehmigung erteilt, Panzer und weitere Fahrzeuge, die für den Straßenkampf nachgerüstet wurden, an Indonesien zu liefern. Waffen in eine Region zu liefern, in der für das Militär Straflosigkeit herrscht und zu der die Presse keinen freien Zugang hat, kommt einer faktischen Unterstützung des Status quo in Papua sehr nahe. Deutschland sollte sich vielmehr für das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und damit für einen freien Pressezugang einsetzen. Menschenrechtliche Grundsätze kommen jedoch gegenüber Allianz- und Wirtschaftsinteressen regelmäßig in der deutschen Außenpolitik zu kurz. Mit einer solchen Politik kann Deutschland keinen Beitrag zum Schutz von Medienfreiheit und anderen Grundrechten in Papua leisten.

Aktivisten fordern ein Referendum zum politischen Status West Papuas. Foto: KNPB/ WestPapua-Media.Info